

Und wie könnte man die Mitverantwortung in der Leitung der ganzen Wirtschaft des Landes übernehmen, die die Arbeiterklasse anstrebt? Ganz besonders jetzt, wo die schwere Wunde der Arbeitslosigkeit nicht durch Demagogie geheilt werden kann, sondern durch Vernunft und Disziplin, nicht durch die Ausgabe riesiger Summen, die nur die unmittelbaren Bedürfnisse des Augenblicks befriedigen, sondern durch kluge und weitsichtige Vorsorge? Daraus folgt die schwierige, aber äußerst wichtige Aufgabe der Christlichen Arbeitervereine, von den einzelnen den Geist christlicher Sparsamkeit und Gewissenhaftigkeit in allen Dingen zu fordern, die das öffentliche Wohl betreffen, damit immer diejenigen in der Überzahl bleiben, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Wichtig ist ohne Zweifel die Höhe des Lohns oder des Gehalts, das der Familienvater oder vielleicht auch die erwachsenen Kinder jeden Monat oder jede Woche nach Hause bringen; noch wichtiger ist die gemeinsame Sorge, es klug anzuwenden für die wirklichen Bedürfnisse der Familie. Aber von größter Wichtigkeit ist es, daß die Hausfrau die Hauswirtschaft gut zu führen versteht. Niemand kann leugnen, daß sich hier den Christlichen Arbeitervereinen ein neues Feld vielfacher Tätigkeit zum Wohl der Arbeiterklasse auftut: in der Unterweisung seiner Mitglieder, durch geeignete Lehreinrichtungen für Mütter und junge Mädchen, in der Freizeitgestaltung und besonders in einer gesunden und geeigneten geistigen und körperlichen Entspannung für die Jugend. In Wahrheit bildet der Lohn oder das Gehalt nicht den einzigen Reichtum des häuslichen Herdes. Die auf der Schule erworbenen Kenntnisse und diejenigen, die den eigenen Beruf, das eigene Handwerk betreffen, die Gesundheit, das Wohlbefinden von Mutter und Kind, eine gesunde und saubere Wohnung tragen ebensoviel dazu bei, das Heim zum großen Gewinn der Eintracht und gegenseitigen Liebe unter den Familienmitgliedern zu verschönern und zu erheitern. Was für ein neues Feld der Betätigung der Arbeitervereine! Wieviele katholische Lehrer, Ärzte, Juristen und andere, Männer und Frauen in Stadt und Land würden ihre Kenntnisse gern in den Dienst der Volkserziehung stellen! Doch das Volk muß innerlich bereit sein, bei diesem apostolischen Werk mitzuarbeiten, auch selber zu helfen, muß von sich selbst eine wahrhaft hohe und christliche Auffassung haben. Und so kehren wir zum wesentlichen Punkt zurück: seid ihr Apostel, untereinander und denen gegenüber, die nicht zu euch gehören, aber zu euch gehören sollten? Nur dann dürftet ihr mit dem zurückgelegten Weg vollkommen zufrieden sein...

Laßt euch also nicht von eurem Ziel abbringen, das wichtiger ist als irgendeine vorübergehende Form gewerkschaftlicher Organisation. Die Zukunft der Gewerkschaften selber hängt davon ab, ob sie die Treue gegenüber diesem hohen Ziel bewahren oder nicht. Sollten sie je die ausschließliche Beherrschung des Staates oder der Gesellschaft erstreben, sollten sie eine absolute Macht über den Arbeiter ausüben, sollten sie den strengen Sinn für Gerechtigkeit und den aufrichtigen Willen zur Zusammenarbeit mit den anderen sozialen Klassen aufgeben, so würden sie die Erwartungen und Hoffnungen enttäuschen, die jeder ehrliche und gewissenhafte Arbeiter auf sie setzt. Was soll man von der Ausschließung eines Arbeiters von der Arbeit denken, nur weil er bei der Gewerkschaft nicht persona grata ist, von erzwungener Einstellung der Arbeit zur Erlangung politischer Ziele, von Verirrungen auf vielen anderen Irrwegen, die vom wahren Wohl und der erstrebten Einheit der Arbeiterklasse weit weg führen?

Eine solche wahre Einheit kann sich nur halten, wenn das wirkliche Ziel der Arbeiterbewegung wenigstens in seinen natürlichen Grundlagen anerkannt wird. Diesen wesentlichen Punkt hatten wir im Sinn, als wir in Unserer Ansprache vom 11. März 1945 von den Beziehungen der Christlichen Arbeitervereine zu der Einheitsgewerkschaft sprachen. Diese war und ist ein Experiment, das zeigt, bis zu welcher äußersten Grenze die katholischen Arbeiter in ihrer Entschlossenheit zur Zusammenarbeit gehen wollen. Ihr, geliebte Söhne, habt den offenkundigen Beweis dieser Entschlossenheit geliefert, weil ihr in der Gewerkschaft als solcher in unserer Zeit eine starke Stütze der wirtschaftlichen Ordnung seht, die die Soziallehre der Kirche mehr als einmal anerkannt hat.

Doch wenn die gegenwärtige Form der Gewerkschaft das wahre Ziel der Arbeiterbewegung gefährden sollte, so würden die Christlichen Arbeitervereine gewiß nicht angesichts der Pflicht zu Wachsamkeit und Tat versagen, die der Ernst eines solchen Falles erforderte. In der Tat handelt es sich heute um wichtige Entscheidungen und Reformen in der nationalen Wirtschaft, angesichts derer ein Klassenkampf, der sich auf Haß und Feindschaft stützte, die Gewerkschaftsidee zu kompromittieren, wenn nicht geradezu zum Untergang zu führen drohen würde. Daher müßt ihr dafür sorgen, daß die christlichen Grundsätze in der Gewerkschaft endgültig die Oberhand gewinnen; dann wird sie zum Vorteil der Arbeiter und des ganzen italienischen Volkes blühen!"

Die Kirche in den Ländern

Die kirchenpolitische Lage in Osteuropa

Rußland

Die Duldsamkeit der Sowjetregierung gegenüber der Orthodoxen Kirche erweckte zeitweise im Ausland den Anschein, als habe ein grundsätzlicher Wandel der anti-religiösen Haltung der Sowjets stattgefunden. Diese Ansicht wurde wiederholt auch von amerikanischen und englischen Geistlichen ausgesprochen, denen ein Blick hinter den eisernen Vorhang gestattet worden war.

Neuerdings tritt die antireligiöse Propaganda in Rußland aber wieder in alter Schärfe hervor. Man führt das auf den steigenden Einfluß von Sdhanov zurück. In den letzten Wochen sind eine Reihe von Stimmen laut geworden, die von Kennern der inneren Verhältnisse der Sowjetunion als Auftakt einer neuen Kampf Stimmung gewertet werden.

Der Sender Moskau wandte sich in einer Verlautbarung an die russischen Lehrer und forderte eine stärkere weltanschauliche Beeinflussung der dreißig Millionen Jugend-

licher, die gegenwärtig die Schulen besuchen. Man dürfe nicht erwarten, daß die „moralischen Eigenschaften des Sowjetvolkes“ sich bei den Kindern von selbst entwickeln würden. Wörtlich wurde gesagt: „Es ist unmöglich, das ideologische Niveau unserer Erziehungsarbeit zu heben, wenn wir nicht eine wissenschaftliche anti-religiöse Propaganda unter den Schülern betreiben. Im täglichen Leben begegnen sie unwissenschaftlichen Erklärungen der natürlichen und gesellschaftlichen Erscheinungen, erleben die Beobachtung religiöser Riten durch die Leute in ihrer Umgebung und Familie und werden mitunter selber dazu gezwungen. Der Lehrer darf solche Dinge nicht übergehen. In gut durchdachter und taktvoller Art muß der unwissenschaftliche Kern der Religion dargelegt werden. Dieses Werk, die Kinder mit dem Geist einer wissenschaftlichen Weltanschauung zu erfüllen, schließt eine aktive und bewußte antireligiöse Propaganda ein und fordert vor allem, daß der Lehrer persönlich eine feste ideologische Richtung hat und ständig darum bemüht ist, den Stand seiner marxistisch-leninistischen Grundüberzeugung zu heben.“

Bei anderer Gelegenheit wurde im gleichen Sender ein Artikel aus der Zeitschrift „Kultur und Leben“ verlesen, der sich mit der „wissenschaftlichen Bildung der Massen“ beschäftigte. „Gewissensfreiheit“, so hieß es da, „bedeutet nicht, daß die sowjetische Wissenschaft sich der Religion gegenüber neutral verhält. Die kommunistische Partei kann gegen die Religion nicht neutral sein, sondern hat die führende Rolle zu spielen in der Propaganda gegen jede Art religiöser Lehre. Denn sie unterstützt die Wissenschaft, während die religiöse Lehre gegen die Wissenschaft ist.“

Russisch annektierte Gebiete

Unterdessen geht die „weltanschauliche Umerziehung“ der Bevölkerung in den angegliederten Gebieten weiter. Aus *Litauen* kommt die Meldung, daß der zweite katholische Bischof in einem russischen Gefängnis verstorben ist. Es handelt sich um den Bischof von Kaisedorys, Msgr. Matulionis, der im vorigen Jahre verhaftet worden war, nachdem er bereits die Jahre von 1923 bis 1925 und von 1929 bis 1933 in russischen Gefängnissen verbracht hatte. Die litauischen Bischöfe sind nunmehr alle bis auf einen tot, gefangen oder im Exil. Nur den Bischof von Panevezys vermutet man noch in seinem Bistum, ohne allerdings darüber Genaueres zu wissen.

Über *Karpatho-Rußland* berichtete die Herder-Korrespondenz im 2. Jhg., 8. Heft, S. 339. Inzwischen ist auch der Bischof der griechisch-unierten Diözese Przemysl, Msgr. Kocylowsky, in russischer Haft verstorben. Er war 1945 von den Polen verhaftet und an Rußland ausgeliefert worden. Nach einem Bericht der schweizerischen Agentur „Kipa“ nehmen die Deportationen führender katholischer Laien in diesem Gebiet immer größere Ausmaße an. Gleichzeitig wird aus der Landeshauptstadt Uzhorod gemeldet, daß unter Führung eines Bischofs schon vor einiger Zeit zahlreiche orthodoxe Geistliche eingetroffen seien, die inzwischen eine größere Anzahl katholischer Pfarrgemeinden der russisch-orthodoxen Kirche einverleibt hätten. Doch haben viele Gemeinden, sobald sie erkannten, was man ihnen zumuten wollte, öffentlich ihre Rückkehr zur katholischen Kirche bekundet. Es gibt in der Karpathen-Ukraine trotz aller Bedrängnis schöne Zeichen ungebrochenen Glaubensmutes wie etwa dies,

daß trotz der großen Schwierigkeiten in den letzten zwei Jahren vier neue Kirchen gebaut wurden.

Tschechoslowakei

In der Tschechoslowakei haben sich die Spannungen zwischen Kirche und Staat von Monat zu Monat verschärft. Sie haben, den Berichten zufolge, einen Grad erreicht, daß mit dem Ausbruch des offenen Kulturkampfes gerechnet werden muß. Erzbischof Beran von Prag hat in seinem Glückwunschsreiben an den neugewählten Präsidenten der Republik deutlich gesagt, welche Anliegen die Kirche im Augenblick verteidigt. Es ist das Recht auf die katholischen Schulen und das Recht auf die katholischen Vereine, unter denen die caritativen Vereinigungen besonders erwähnt werden.

Nach dem Umsturz im Februar d. J. und selbst noch nach den Parlamentswahlen am 30. Mai schien es, als sei die Regierung zu einem vorsichtigen Vorgehen gegenüber der Kirche geneigt. Das kam besonders in der Schulfrage zum Ausdruck. Obwohl sämtliche Schulen des Landes mit Wirkung vom kommenden 1. September verstaatlicht worden sind, machte die Regierung von ihrer Ermächtigung zu Ausnahmen Gebrauch und ließ noch anfangs Juni erklären, daß die endgültige Entscheidung über die kirchlichen Schulen „auf eine spätere Zeit verschoben“ und die Neuanmeldung von Schülern für das nächste Schuljahr gestattet werde. Inzwischen sind aber die Ereignisse darüber hinweggegangen, wahrscheinlich unwiderruflich.

Die Entwicklung vollzog sich in dramatischer Steigerung. In den ersten Monaten tat die Regierung alles, um die Gegensätze zu verschleiern und in den Augen des Volkes den Eindruck der Kirchenfreundlichkeit zu erwecken. Sie nahm den katholischen Geistlichen Josef Plojhar, der nicht der kommunistischen Partei angehörte, als Gesundheitsminister in ihre Reihen auf und suchte überall im Lande die Mitarbeit der Geistlichen zu gewinnen. Sie ließ sich ihrerseits bei kirchlichen Ereignissen vertreten, anlässlich der Weihe des neuen Olmützer Erzbischofs Matocha am 2. Mai sogar durch zwei Minister. Sie nahm wiederholt Gelegenheit, beruhigende Erklärungen über die Religionsfreiheit und religiöse Erziehung abzugeben, bestätigte den Religionsunterricht in den Staatsschulen als verbindliches Lehrfach, ja sie berief sich im Parlament auf die Slawenapostel Cyrillus und Methodius und die christliche Tradition des Landes. Aber der Episkopat ließ sich durch ein Entgegenkommen, das keine Bürgschaften für die Zukunft enthielt, nicht täuschen, und er ließ sich ebensowenig durch die Drohungen einschüchtern, die darauf folgen sollten.

Ein erstes Symptom für das neue Stadium der Entwicklung war die Anweisung der Bischöfe an die Priester und Laienkatecheten, sich vom politischen Leben fernzuhalten. Sie wurde anfangs Mai, vor den Wahlen, erlassen. Den widerstrebenden Geistlichen wurde die Suspension angedroht. In einem Schreiben an Minister Plojhar vom 21. Mai stellte der Prager Erzbischof auch ihn vor die Alternative. Die Bischöfe konnten nicht bewogen werden, dem Beispiel der anderen Religionsgemeinschaften zu folgen und einen Wahlauftrag zu erlassen. Die Regierung machte inzwischen großzügige Angebote für die Besoldung der Geistlichen, die durch die Enteignung des kirchlichen Grundbesitzes in Frage gestellt ist, und berief sich bei allen Wahlkundgebungen auf ihr Entgegenkommen in der Schulfrage. Selbst nach den Wah-

len, die ihr mit dem Stimmenverhältnis 9 : 1 den erwarteten Sieg brachten, änderte sie ihr Verhalten gegenüber der Kirche noch nicht. Sie setzte durch den kommunistischen Justizminister Capicka ihre Verhandlungen mit den Bischöfen fort, ohne sie allerdings so zu beschleunigen, daß sie vor der Präsidentenwahl abgeschlossen worden wären. Doch darf die Lage im Augenblick des Ausbruchs der Krise nicht nach dieser Verhandlungsbereitschaft der Regierung beurteilt werden. Sie ist kein Maßstab für das, was im Lande tatsächlich vorging. Das ergibt sich aus einem Schreiben des Erzbischofs Beran an Minister Capicka, in dem es heißt: „Ich erinnere freilich abermals, daß alle diese Versprechungen und Versicherungen, sowohl Ihrerseits, geehrter Herr Minister, als auch seitens anderer Regierungsmitglieder, uns nicht von allen Befürchtungen und allem Mißtrauen befreien. Wollen Sie sich einmal die Erlässe, die den Schulverwaltungen zugestellt werden, vorlegen lassen: hier wird nach einem genau ausgearbeiteten Plan vorgegangen, nach dem alles entsprechend der Ideologie einer Partei gleichgeschaltet werden soll. Die offiziellen Schulorgane treten amtlich als Agenten einer politischen Partei auf. Die Einschreibung der Abiturienten zum Hochschulstudium ist von der Zustimmung des „Verbandes der tschechischen Jugend“ und der „Revolutionären Gewerkschaftsbewegung“ abhängig. Studenten, die nicht Mitglieder der kommunistischen Partei sind, wird gedroht, daß sie zum Studium weiterer Semester nicht zugelassen werden. Von Laienlehrern für das Religionsfach verlangt man, daß sie nicht den kirchlichen Vorgesetzten, sondern dem Zentralgewerkschaftsrat gehorchen sollen usw. Die Kirche und die gesamte Geistlichkeit werden gewiß ihre Pflicht tun, doch kann niemand zustimmen, daß Klerus und Laienhelfer in der kirchlichen Verwaltung zu politischen Kundgebungen gezwungen, und daß die Religion zu politischen Zwecken mißbraucht werde... Wir haben gewiß das Wohl des Volkes und des Staates im Auge; doch befürchte ich, daß zu guterletzt alle diese positiven Bemühungen scheitern werden.“

Auf die Wahl des Präsidenten Gottwald folgte das von der Regierung gewünschte Tedeum, bei dem der Präsident im St. Veitsdom erschien, was weder Masaryk noch Benesch vor ihm getan hatten. Die Bischöfe überreichten ihrerseits durch eine Delegation eine Glückwunschadresse, die indes bei aller gebotenen Loyalität den Standpunkt der Kirche deutlich zum Ausdruck brachte. Wenige Tage später brach der offene Konflikt aus. Erzbischof Beran stellte in einem Schreiben an den böhmischen Klerus sechs Grundsätze für das Verhalten der Kirche und der Geistlichen gegenüber dem Staat heraus, unter ihnen die Prinzipien der Loyalität und der politischen Nichteinmischung, aber auch die Unterscheidung zwischen dem Staat und der staatstragenden Doktrin. Zugleich gab er den Priestern bekannt, daß Minister Plojhar mit einigen anderen Priestern der Suspension verfallen sei. In einer Aussprache mit Vertretern des Erzbischofs am 18. Juni bestand nun die Regierung darauf, daß die angekündigte Veröffentlichung dieses Briefes und die offizielle Bekanntgabe der Suspension unterbliebe. Der verhandelnde Minister erklärte wörtlich: „Wenn die Entscheidung... nicht widerrufen wird, so werden wir die Arbeiterschaft auf die Straße schicken.“ Die Kirche gab dem Druck nicht nach. Am 20. Juni wurde der Hirtenbrief von den Kanzeln verlesen und die Suspension an den Kirchentüren an-

geschlagen. Die Regierung brach die Verhandlungen mit der Kirche über sämtliche Fragen ab. Sie schritt zur Tat. Mehrere kirchliche Schulen sind beschlagnahmt worden, und man muß befürchten, daß die Wiedereröffnung der übrigen nach den Ferien nicht mehr möglich sein wird. Ein Überblick über die Gesamtheit der Maßnahmen, die die Regierung treffen wird, ist im Augenblick dieses Berichtes noch nicht möglich.

Ungarn

In Ungarn ist die unvermeidliche Entwicklung der Dinge bereits um einige Schritte voran. Wir sind in der Lage, über die Verhältnisse in diesem Land aus der besten Quelle zu berichten. Der Primas von Ungarn, Kardinal Mindszenty, gewährte einem Korrespondenten des „Catholic Herald“ ein Interview, das die Zeitung am 9. Juli veröffentlichte. Auf die Frage: „Gibt es noch Religionsfreiheit in Ungarn?“ entgegnete der Kardinal: „Wenn Sie damit die Freiheit des Einzelnen im Sinn haben, unbelästigt in die Kirche zu gehen, lautet die Antwort ‚ja‘; wenn Sie die unbeschränkte geistige Freiheit der Kirche meinen, heißt sie ganz entschieden ‚nein‘. Die Kirche steht machtlos einer anhaltenden verleumderischen Verfolgung durch die Regierung gegenüber, die in steigendem Maße Gewalt anwendet. Ich habe schriftlich protestiert, aber bisher keine Antwort bekommen. Die Kirche ist enteignet, unsre Schulen sind verstaatlicht, 1500 Jugendgruppen sind aufgelöst und ihre Heime beschlagnahmt. Kardinal Mindszenty erklärte weiter: der Religionsunterricht in den Staatsschulen sei zwar augenblicklich noch verpflichtend, aber es hätten bereits kommunistische Demonstrationen dagegen begonnen, und es gäbe keine Garantie mehr, die den Religionsunterricht für die Zukunft sicherten. Die katholische Presse sei bis auf zwei Wochenschriften verboten, und diese würden streng überwacht. Häufig käme es zu Verhaftungen von Priestern, deren Predigten sämtlich bespitzelt würden.

Die Regierung berief sich gegenüber demselben Korrespondenten zu ihrer Rechtfertigung darauf, daß die Kirche ihr die offizielle Anerkennung verweigere, während die Bischöfe Ministergehälter bezögen und auf Veranlassung des kommunistischen Parteisekretärs Rakosi die Buda-pester Kathedrale wiederhergestellt worden sei.

Auch für die Entwicklung in Ungarn ist das Mißverhältnis zwischen der offiziellen Politik der „offenen Tür“ und dem administrativen Vorgehen durch Schaffung vollendeter Tatsachen bezeichnend.

Die Haltung der ungarischen Regierung muß an erster Stelle von der Tatsache aus beurteilt werden, daß sie einen maßlosen Propagandafeldzug gegen die Kirche führte oder duldete. Mit nationalistischen und sozialen Argumenten wurde durch Versammlungsredner, Presse und Rundfunk gegen die Kirche, gegen die Person des Fürstprimas und selbst gegen den Papst an die Instinkte der Massen appelliert.

Währenddessen entfaltete sich das diplomatische Spiel um die katholischen Schulen. Die Regierung lud den Kardinal zu Verhandlungen ein, die am 18. Juni beginnen sollten. Kardinal Mindszenty ordnete zu diesem Tag öffentliche Gebete und allgemeines Glockengeläute an. Aber es kam nicht mehr zu Verhandlungen. Die Ereignisse überstürzten sich. Am 9. Juni fand ein Prozeß statt, in dem der Pfarrer des Dorfes Pocspetri und ein Laie zum Tode verurteilt wurden, weil der letztere anläßlich einer

Demonstration gegen die Nationalisierung der Schulen einen Polizisten erschossen hatte und der Pfarrer ihn dazu angestiftet haben sollte. Der Pfarrer wurde begnadigt. Aber die Berichterstattung über den Prozeß war eine deutliche Warnung an die Katholiken. Sie war um so ernster zu nehmen, als sich zu gleicher Zeit ähnliche Demonstrationen an anderen Orten ereigneten. Der Kultusminister Ortutay schob in einem Brief dem Kardinal die Verantwortung dafür zu, bekam aber zur Antwort, daß die Schuld bei denen liege, die durch den Plan der Nationalisierung der Schulen das Land in höchste Unruhe versetzten. Auf das Wochenende des 12. Juni sorgte die Regierung für die Verschärfung der Stimmung, indem sie durch den kommunistischen Parteisekretär Rakosi erklären ließ: „Jeder, der sich den demokratischen Gesetzen des Landes entgegenstellt, wird durch die Faust der Demokratie zerschmettert werden.“

Inzwischen wurde das Gesetz über die Nationalisierung der Schulen im Parlament eingebracht und mit höchster Eile verhandelt. Am 16. Juni wurde es mit 230 : 63 Stimmen angenommen. In der Diskussion traten der Führer der Opposition, Barankovics, und die Abgeordnete Schwester Margarete Schlachta, die Gründerin einer katholischen Ordensgenossenschaft, dagegen auf. Die Schwester forderte eine Untersuchung über die Gewissensfreiheit in Ungarn durch die Vereinten Nationen. Alles war vergebens. In dem dramatischen Augenblick der Annahme des Gesetzes stimmten die Kommunisten die Nationalhymne an. Schwester Margarete blieb als einzige Abgeordnete sitzen. Sie wurde daraufhin aus dem Parlament ausgeschlossen.

Am 18. Juni läuteten die Glocken der Kirchen. Sie riefen nicht mehr zum Gebet, sondern beklagten das, was inzwischen geschehen war. Am Sonntag, dem 20. Juni, hörte das ungarische Volk den Hirtenbrief von Kardinal Mindszenty: „Wir protestieren feierlich gegen diese Tat im Namen der Elternrechte, im Namen der katholischen Rechte, im Namen des Rechtes auf Freiheit der Erziehung!“ Der Kardinal bezog sich auf eine Note, die er am 10. Juni an die Regierung gerichtet hatte. Darin hieß es: „Obgleich die Regierung mehrmals versprochen hatte, alle Fragen zwischen Kirche und Staat auf Grund gegenseitiger Übereinkunft zu regeln, hat sie darauf bestanden, diese Probleme eigenwillig zu entscheiden, bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen hatten“.

Kardinal Mindszenty zögerte nicht, die Konsequenzen zu ziehen. Er führte die zuvor angedrohte Exkommunikation aller an dem Zustandekommen des Gesetzes beteiligten Regierungs- und Parlamentsmitglieder durch und verweigerte allen Lehrern der katholischen Schulen die Befugnis, den Loyaltätseid abzulegen, den die Regierung von ihnen forderte, wenn sie ihre Stellung in den nationalisierten Schulen zu behalten wünschten.

Während der Zeit des Schulkampfes zeigte das ungarische Volk seine wahre Gesinnung. Am Fronleichnamstag nahmen 70 000 Männer an der Budapester Prozession teil; bei den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag des Eucharistischen Kongresses wurden 80 000 Jugendliche bei strömendem Regen in der Messe gezählt, und 250 000 Personen waren bei der Schlußfeier zugegen. Bei einer Reise ins Gebiet von Tokaj wurde Kardinal Mindszenty von 20 000 Menschen begrüßt, während zu einer Rede des Ministers Rakosi eine Woche zuvor mit Mühe 2000 zusammengetrieben worden waren.

Die Fäden der Verbindung sind indes in Ungarn noch

nicht völlig abgerissen. Ende Juni besuchte eine Delegation der Lehrorden, die durch die Verstaatlichung der Schulen betroffen wurden, den Unterrichtsminister. Sie erhielt die Zusage erneuter Verhandlungen. Der ungarische Außenminister Molnar gab inzwischen auf der Warschauer Tagung der Vertreter Osteuropas eine Erklärung ab, dahingehend, daß die Verpflichtung aller Schüler zur Teilnahme am Religionsunterricht aufrechterhalten werde. Kardinal Mindszenty erklärte dazu allerdings, daß die Umstände, unter denen die Verstaatlichung der Schulen vor sich gegangen sei, es nicht gestatten, dieser Maßnahme Vertrauen entgegenzubringen.

Jugoslawien

In Jugoslawien ist die katholische Kirche verstummt. Der Primas, Erzbischof Stepinac, befindet sich noch immer im Gefängnis. Wiewohl er sich in den Vereinigten Staaten großer Popularität erfreut, wo ein eigenes Komitee zu seiner Befreiung existiert und eine 4-Millionen-Dollar-Schule zur Ehrung seines Namens erbaut wird, wiewohl in England der Außenminister Bevin interpelliert wurde, erneute Schritte zu seiner Befreiung zu unternehmen, erweist sich der Einfluß von außen als völlig machtlos, an seinem Schicksal das Geringste zu ändern. Dafür meldete die angelsächsische Presse am 20. April die Verhaftung des letzten katholischen Bischofs im südlichen Serbien, Msgr. Cule in Mostar. Eine für uns Deutsche besonders interessante Einzelheit der Verfolgung in Jugoslawien wird aus dem kirchentreuen slowenischen Gebiet berichtet. Dort ist die „Ozna“ — die jugoslawische Staatspolizei — damit beschäftigt, Sittlichkeitsprozesse gegen die Priester in Gang zu bringen.

Der Konflikt zwischen der kommunistischen Internationale und Marschall Tito berechtigt nicht zu der Annahme, daß die Haltung der jugoslawischen Regierung gegen die Kirche freundlicher werden wird. Das zeigt das neueste Regierungsdekret gegen „Aufreizung zu Haß und Zwietracht zwischen Nationalitäten, Rassen und Religionen“. Es betont die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger und verbietet dann jede Agitation mit dem Ziel der Aufreizung gegen irgendeine Religion. Dann heißt es: „Wissenschaftliche Kritik der Religion im allgemeinen und die Kritik eines ungesetzlichen Vorgehens von Seiten kirchlicher Personen und Religionsdiener kann nicht als Aufreizung zum Haß gegen die Religion betrachtet werden. Wenn die Aufreizung und Anstiftung zu religiösem Haß von einem Vertreter der Kirche ausgeht, ist das als ein erschwerender Umstand anzusehen.“

Eine Meldung der römischen Zeitung „Il Quotidiano“ dementiert die umlaufenden Gerüchte, daß der Hl. Stuhl Marschall Tito zu neuen Verhandlungen einladen wolle. Dafür wäre eine Änderung der jugoslawischen Religionspolitik die notwendige Voraussetzung.

Albanien

Im benachbarten Albanien regiert das Fallbeil. Mit einer ganzen Anzahl von Priestern wurden auch Mitglieder der Apostolischen Delegation hingerichtet.

Rumänien

In Rumänien wurde am 6. Juni ein neuer Patriarch der orthodoxen Kirche inthronisiert. Er ist ein junger Dorfpfarrer und Mitglied der kommunistischen Partei. Das Kollegium, das ihn am 24. Mai erwählte, setzte sich zusammen aus den orthodoxen Bischöfen, den Mitgliedern der Regierung, den Mitgliedern des Kongresses der or-

thodoxen Kirche, den Präsidenten der rumänischen Akademie, des Obersten Gerichtshofes, der Universitäten, der theologischen Fakultäten und den Mitgliedern des Parlamentes, mit Ausnahme der Geistlichen sämtlich Kommunisten.

Bulgarien

Selbst aus Bulgarien erhalten wir alarmierende Meldungen. Dort sind alle religiösen Organisationen von Kindern verboten worden. Die Erziehung wird als alleiniges Recht des Staates bezeichnet, und die Geistlichen werden staatsfeindlicher Propaganda bezichtigt. Eine staatliche Verordnung richtet drei Forderungen an die Kirchen:

1. Alle religiösen Veröffentlichungen sollen im Geist der Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche gehalten werden.
 2. Die Kirchen sollen das Verbot zurücknehmen, daß Priester in der „Vaterländischen Front“ mitwirken.
 3. Die orthodoxe Kirche soll mit der Organisation von Pilgerfahrten zum nationalen Heiligtum im Rila-Kloster aufhören, da sie politischen Charakter tragen.
- Dieser Bericht ist mit dem 25. Juli abgeschlossen worden.

Der italienische Katholizismus und die Sozialreform

In ihrem Bericht über die Kirche im italienischen Wahlkampf gab die „Herder-Korrespondenz“ im 8. Heft, S. 361, 2. Jhg., der Hoffnung Ausdruck, daß die Katholische Aktion ihre Chance nützen werde. In Italien kommt alles darauf an, daß die arbeitende Bevölkerung durch eine schnelle und energische Sozialreform von der Wirksamkeit der kirchlichen Soziallehre überzeugt wird. Schon im Laufe des Wahlkampfes war von der Katholischen Aktion ein „Comitato Nazionale Civico“ ins Leben gerufen worden mit der Aufgabe, den katholischen Einfluß in den dringendsten politischen Anliegen zur Geltung zu bringen, ohne sich einer bestimmten Partei zu verschreiben. Professor Luigi Gedda, der Präsident des Komitees, gewährte kürzlich dem römischen Berichterstatter vom NCWC News Service eine Unterredung, in der er sich über seine Tätigkeit äußerte. „Zunächst“, sagte er, „gingen wir daran, unter allen Italienern, denen an der Erhaltung der christlichen Zivilisation etwas liegt, auch wenn sie nicht praktizierende Katholiken sind, eine Verbindung herzustellen. Dann wollten wir die soziale Reform aus der Ebene des parteipolitischen Kampfes herausheben und zu einem Anliegen aller Menschen machen, die nicht rein materialistisch denken“. Gedda erläuterte diese Absicht, indem er auf die vielen Tausende hinwies, die zwar christlich-demokratisch gewählt haben, weil das die einzige Möglichkeit war, dem Kommunismus entgegenzutreten, die aber in vielen Dingen mit ihrer Partei durchaus nicht einverstanden sind. Eine dritte Aufgabe sieht Gedda darin, den eigenen Leuten beizubringen, daß es ohne ihren persönlichen Einsatz nicht gehen wird.

Auf politischem Gebiet ist gegenwärtig die Schlacht um die Gewerkschaften in vollem Gange. Innerhalb der allgemeinen Gewerkschaften sind die christlichen Arbeiter bis dahin Gefangene der Kommunisten. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Man wird zunächst versuchen, den Einfluß der christlichen Arbeiter zu stärken; sollte das nicht gelingen, müssen sie eine eigene Gewerkschaft bilden. Wenn diese Schlacht geschlagen ist, wird man unverzüglich an die Bodenreform gehen. Gedda

betonte, daß die Aktivität des Komitees durchaus nicht erlahmt sei, wenn auch im Augenblick noch keine sozialen Erfolge sichtbar wären. Man müsse sich vor übereilten Lösungen hüten.

Auch der italienische Klerus bemüht sich darum, das Seinige zur Sozialreform beizutragen. Die italienische Arbeiterschaft bedarf angesichts der großen sozialen Gegensätze in Italien zweifellos dringend der Unterstützung durch den Klerus. Kardinal Schuster, der Erzbischof von Mailand, gab seinen Priestern, die sich zu einer sozialen Studienwoche versammelt hatten, folgende Weisungen:

1. Um das Gewissen der Katholiken zu schärfen, sollen die Priester aktiv und verantwortlich in der Arbeiterbewegung mitwirken.
2. Sie sollen in jeder Pfarrei und in jedem, auch dem kleinsten Betrieb, Zellen der katholischen Arbeiterbewegung ins Leben rufen.
3. Es sollen Gruppen von Priestern geschaffen werden, die von allen sonstigen Pflichten befreit, sich ausschließlich der Arbeiter anzunehmen haben.
4. Die sozialen Nöte der Arbeiter und ihre Rechte auf Arbeit, auf ein Heim, auf Familienlohn und soziale Sicherheit sollen zum bevorzugten Gegenstand der kirchlichen Lehrverkündung gemacht werden.
5. Die Priester sollen die lokalen Gruppen des Comitato Nazionale Civico persönlich unterstützen, und die Arbeiterschaft soll darin vertreten sein.

Kardinal Schuster wies ferner darauf hin, daß die politische Betätigung zur Abwehr des atheistischen Kommunismus auch weiterhin als religiöse Pflicht zu gelten hat. Er sagte wörtlich: „Nach langen Jahren der Enthaltung gibt es viele Katholiken, die sich noch nicht wirklich klar gemacht haben, daß sie... die schwere Gewissenspflicht haben, in das politische und administrative Leben der Nation in allen verfassungsmäßig festgelegten Formen einzugreifen. Die Zahl der italienischen Kommunisten übersteigt die der Mitglieder der Partei in den UdSSR, und gewisse Gewerkschaften sind völlig in der Hand der Roten, die sich ihrer bedienen, um einen Organismus der Volkswirtschaft in ein parteiliches Instrument gegen die Regierung zu verwandeln. Die Verantwortung für diese Situation fällt zum Teil den Katholiken zur Last, die sich von jeder politischen Tätigkeit fernhalten oder in ihren Fabriken den Christlichen Arbeitervereinen nicht den gewünschten Einfluß zubilligen.“

Es ist nicht verwunderlich, daß die Aktivität des italienischen Klerus den Gegnern ein Dorn im Auge ist. Immer wieder erheben sie den Vorwurf, daß auf diese Weise die Lateranverträge verletzt werden. Mit diesem Vorwurf beschäftigte sich kürzlich die unabhängige römische Tageszeitung „Il Messagero“. „Das Gesetz verbietet den Priestern“, sagt sie, „ihr Amt für politische Zwecke zu mißbrauchen. Es verbietet ihnen aber durchaus nicht, gleich allen anderen Bürgern, in der Politik ihre Überzeugung zu vertreten. Die Priester haben das Wahlrecht; wenn man aber das Wahlrecht hat, muß man wohl auch für seine Meinung eintreten können“. Sie bezeichnet es als widersinnig, die Propaganda für die Lehren von Marx und Lenin freizugeben und die Lehren des Evangeliums an der Verbreitung zu hindern. Es sei eine andere Sache, ob ein Priester einer Partei angehöre, was die Lateranverträge verbieten, oder ob er als freier Bürger seiner Meinung Gehör verschaffe.